

# Filder Zeitung

4. Februar 2016



Gabriele Reich-Gutjahr (FDP), Klaus Käppeler (SPD), Stefanie Schorn (CDU) und Nikolaus Tschenk (Grüne) haben über die Gemeinschaftsschulen diskutiert.

Fotos: Alexandra Kratz

## Die Gemeinschaftsschule im Fokus

**Möhringen** Bei der Podiumsdiskussion zur Landtagswahl am Mittwoch an der Anne-Frank-Schule haben vier Politiker zu den Themen Stellung genommen, die den Jugendlichen unter den Nägeln brennen. Von Alexandra Kratz

Am 19. März wählen die Menschen in Baden-Württemberg einen neuen Landtag. Eine Podiumsdiskussion an der Anne-Frank-Schule sollte fünfzehn Wochen vor der Wahl klären, was die verschiedenen Parteien umsetzen, sollten sie künftig Regierungsverantwortung übernehmen. So formulierte es der Lehrer Holger Viereck zu Beginn der Veranstaltung am Mittwochmittag im Musiksaal der Real- und Gemeinschaftsschule an der Hechinger Straße.

**„Wir hätten die Gemeinschaftsschulen vielleicht nicht gegründet.“**

Gabriele Reich-Gutjahr, FDP

Klaus Käppeler und für die FDP Gabriele Reich-Gutjahr. Schorn und Reich-Gutjahr kandidieren für den Filderwahlkreis Stuttgart II, Käppeler für den Wahlkreis Hechingen-Münsingen-Metzingen. Tschenk ist ebenso wie Käppeler Mitglied im aktuellen Landtag, kandidiert aber bei der Wahl im März nicht wieder.

Die Schüler der drei zehnten Klassen und der Klasse 9 b hatten vier Fragenkomplexe vorbereitet. Dabei ging es freilich vor

allem um die Bildungspolitik. Die wichtigste Frage für die Möhringer Jugendlichen: „Kann unsere Schule Gemeinschaftsschule bleiben, wenn die CDU regiert?“ Angesprochen war Stefanie Schorn. Sie versprach, dass die Gemeinschaftsschulen überall dort bestehen bleiben, wo das Konzept funktioniert. In Möhringen sei dies der Fall, aber an anderen Standorten müsse gegebenenfalls nachgebessert werden. In jedem Fall wolle die CDU die Realschulen stärken. Das sei auch der Wunsch, der seitens der Unternehmen immer wieder an die Partei herangetragen werde.

**„Die Gemeinschaftsschule lässt alle Bildungswege offen.“**

Klaus Käppeler, SPD

Die CDU wolle unbedingt am dreigliedrigen Schulsystem festhalten. Sie wolle an den Gemeinschaftsschulen die Noten wieder einführen und den Ganztags abschaffen. „Das ist dann nicht mehr dasselbe Konzept“, betonte der SPD-Politiker. Er ist überzeugt: „Die Gemeinschaftsschule lässt alle Bildungswege offen.“

Reich-Gutjahr gab offen zu: „Wir hätten die Gemeinschaftsschulen vielleicht nicht gegründet, aber wir werden sie auch nicht

wieder abschaffen.“ Die FDP wolle einen Schulfrieden. Das bedeute, dass die Bildungspolitik nicht nach jedem Regierungswechsel komplett neu diskutiert werden solle. Dort, wo sich die Gemeinschaftsschule bewähre, könne sie bestehen bleiben. Sollte die neue Schulform allerdings nicht genug nachgefragt sein und sich so selbst abschaffen, werde die FDP nicht aktiv gegensteuern. Reich-Gutjahr verwies auf den marktwirtschaftlichen Grundgedanken, bei dem Angebot und Nachfrage die entscheidenden Komponenten sind.

**„Die Gemeinschaftsschulen bleiben, wo das Konzept funktioniert.“**

Stefanie Schorn, CDU

Tschenk sprach von der Gemeinschaftsschule als eine zusätzliche Bereicherung der Bildungslandschaft. Er teilte Käppelers Ansicht, dass die CDU die Gemeinschaftsschulen zerschlagen werde, indem sie „leistungshomogene Züge“ und das Sitzenbleiben wieder einführe.

Anschließend sollte Reich-Gutjahr zu der Frage Stellung nehmen, was sie dafür tue, dass die Jugendlichen genügend Räume und Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung haben. „Da erwischen Sie mich auf dem falschen Fuß“, antwortete die FDP-Politikerin. Das sei nicht ihr Gebiet. Aller-

dings frage sie sich, ob das Angebot für Jugendliche wirklich so gering sei.

Schorn sah es ähnlich. Vielleicht brauche das Land keine neuen Strukturen, sondern nur Anpassungen in den bestehenden Strukturen, damit zum Beispiel Jugendhäuser nicht an Attraktivität verlieren und immer den Zeitgeist repräsentieren. „Und wenn sie doch mehr brauchen, dann bringen sie es auf den Tisch.“

Ein Schüler fragte Tschenk, was er davon halte, dass auch 16- und 17-Jährige schon wählen können. „Das würde ich diskutieren wollen“, antwortete der Grünen-Politiker. Er sage nicht sofort Ja. „Da möchte ich erst das Pro und Contra hören.“ Denn er sei sich nicht sicher, ob die Jugendlichen das, worum es im Landtag gehe, schon überblicken und ob sie sich das wirklich zumuten wollen.

**„Die Gemeinschaftsschulen bereichern die Bildungslandschaft.“**

Nikolaus Tschenk, Grüne

Schorn und Käppeler nahmen zum Thema Flüchtlinge Stellung. Beide waren sich einig, dass man angesichts der immensen Zahlen nur diejenigen aufnehmen könne, in deren Ländern Krieg und Terror herrsche. Das Land habe derzeit keine Kapazitäten mehr für Wirtschaftsflüchtlinge.